

Antrag 3: VPOD-SSP und SEV-Frauenkommission

Initiative für eine echte Elternzeit

Der Feministische Kongress fordert den SGB auf, eine Volksinitiative für eine echte Elternzeit zu lancieren, der

- Die Errungenschaften des derzeitigen Urlaubs bewahrt, insbesondere des Mutterschaftsurlaubs;
- 10 Wochen Elternzeit einführt für jeden Elternteil einführt, zusätzlich zu den bestehenden Urlauben;
- Das Recht auf Elternzeit für alle Formen von Elternschaft und Familien anerkennt, unabhängig davon, ob es sich um gleichgeschlechtliche Elternschaft mit oder ohne Trauschein, Co-Elternschaft, Alleinerziehende, Adoptiv- oder Pflegefamilien handelt.

Begründung Antragsteller

Wir erleben derzeit eine Verschiebung der Debatte über die Elternzeit die die von der Gewerkschafts- und Frauenbewegung erkämpften Rechte in Frage zu stellen droht. Die Elternzeit soll das derzeitige System ergänzen und verbessern und nicht in Frage stellen. Der Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen ist einer der kürzesten in Europa. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt einen Mutterschaftsurlaub von sechs Monaten, um das Stillen zu fördern. Es steht unter keinen Umständen zur Debatte, den derzeitigen Mutterschaftsurlaub zu verkürzen. Eine solche Entwicklung wäre vor allem für prekär beschäftigte Arbeitnehmer:innen schädlich.

Im Gegensatz zur Familienzeit-Initiative, die zwar eine Elternzeit von 36 Wochen anstrebt, was positiv ist, aber den Grundsatz des Mutterschaftsurlaubs aus der Bundesverfassung streichen will, was gefährlich ist, würde unsere Initiative die bestehenden Rechte sichern.

Die Mehrheit der Kommission für Gesundheit und soziale Sicherheit des Nationalrats hat ein Modell für eine Elternzeit von insgesamt 16 Wochen angenommen, d. h. 8 Wochen für die Mutter und 8 Wochen für den Vater/anderen Elternteil. Das bedeutet, dass der derzeitige Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen auf 8 Wochen reduziert wird, was dem Zeitraum des im Arbeitsgesetz verankerten Arbeitsverbots entspricht. Das ist inakzeptabel. Gleichstellung darf nicht dazu führen, dass Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit unsichtbar gemacht werden. Gleichstellung bedeutet vielmehr, diese Erfahrungen anzuerkennen und entsprechende Massnahmen und Rechte einzuführen. Ein Kind auszutragen und zu gebären hat erhebliche Auswirkungen auf den Körper, die mentale Belastbarkeit sowie die zeitlichen Ressourcen von Frauen und allen anderen schwangeren bzw. gebärenden Personen. Der Vater und der andere Elternteil spielen natürlich eine wichtige Rolle – ihre Präsenz ist unerlässlich, und ihre Beteiligung wird ausdrücklich gewünscht. Eine Ausweitung der Rechte darf nur durch zusätzliche Rechte erfolgen – nicht auf Kosten der Mütter. Auch die Anerkennung vielfältiger Familien- und Elternkonstellationen ist richtig und notwendig, darf jedoch nicht als Vorwand dienen, um mütterliche Rechte zu beschneiden.

Hände weg vom Mutterschaftsurlaub! Ja zu einer echten Elternzeit!

Empfehlung der Feministischen Kommission des SGB: Zur Ablehnung & Gegenvorschlag

Begründung der Feministischen Kommission des SGB

Die Feministische Kommission teilt die vom VPOD und SEV geäußerten Bedenken hinsichtlich der derzeitigen Ausrichtung der parlamentarischen Debatte über die Einführung eines Elternurlaubs. Sie ist jedoch der Ansicht, dass die Lancierung einer Volksinitiative zu wenig Spielraum lässt, um innerhalb des SGB eine offene Diskussion darüber zu führen, wie die erworbenen Rechte am besten verteidigt und ausgeweitet werden können. Die Kommission empfiehlt deshalb, diesen Vorschlag abzulehnen und legt einen Gegenvorschlag vor.